

Höngg kämpft gegen das Ladensterben

Eine Umfrage zeigt Potenzial – Gewerbler und Lokalpolitiker tun sich zusammen

Mit vereinten Kräften will das Zürcher Quartier Höngg gegen das Ladensterben antreten. Eine Kundenumfrage lässt hoffen, dass die Bevölkerung sich für lokales Einkaufen interessiert. Ein Problem ist aber der Verkehrsstrom durchs Zentrum.

Irène Troxler

Die Metzgerei am Meierhofplatz hat ihre Tore geschlossen, die Papeterie ebenfalls, und das frühere «Dorfkafi» bewirbt schon lange keine Gäste mehr. Wie viele Gemeinden und Quartiere hat Zürich Höngg zunehmend Mühe, den Bewohnern einen attraktiven Mix von Läden und Restaurants zu bieten, auch wenn die Grundversorgung mit Migros, Coop und Denner gut abgedeckt ist. Da mehrere Flächen an prominenter Lage seit längerem leer stehen, gaben Gewerkekreise im letzten Winter eine Kundenumfrage in Auftrag. Am Montag haben nun mehrere Höngger Vereine die Resultate und erste Lösungsansätze präsentiert.

Gefragt ist ein griffiger Slogan

Die Befragung, an der sich jeder zwanzigste Höngger beteiligte, macht deutlich, dass zwar 83 Prozent der Quartierbewohner mindestens einmal pro Woche in Höngg einkaufen. Allerdings kennen die befragten Personen durchschnittlich nur fünf oder sechs der kleineren Geschäfte. Vor diesem Hintergrund leuchtet es ein, dass «Imagebildung» eines der Ziele ist, das sich das Höngger Gewerbe gesetzt hat. Man wolle einen griffigen Slogan kreieren nach Oerliker Vorbild, sagen die Verantwortlichen. Dort animierten Gewerkekreise die Bevölkerung mit dem Spruch «z'Örlke gits alles» zum Einkaufen im Quartier.



Mit Lebensmitteln ist Höngg gut versorgt, doch vermisst die Bevölkerung beispielsweise eine Papeterie.

CHRISTOPH RUCKSTUHL / NZZ

Da der lokale Gewerbeverein für solche Marketingaktivitäten zu wenig Ressourcen hat, soll noch im Laufe des Novembers ein neues «Netzwerk Höngg» gegründet werden, an dem auch bereits Lokalpolitiker Interesse gezeigt hätten. Aufgabe dieses Netzwerks wird es sein, weitere Erkenntnisse aus der Umfrage umzusetzen, beispielsweise eine Vereinheitlichung der Ladenöffnungszeiten. Oft geäussert wurde zum Beispiel auch der Wunsch nach einer Erweiterung des kleinen Wochenmarkts. Diesem Vorhaben dürf-

ten allerdings die engen Platzverhältnisse im Weg stehen.

Kein Flanieren wegen Verkehr

Unterstützung erhoffen sich die Höngger bei ihren Aktivitäten überdies vom Zürcher Stadtmarketing. Einbinden wollen sie ferner die Grossverteiler sowie die Immobilienbesitzer, zu denen auch die Stadt gehört. In diesem Zusammenhang war unter anderem von einer Online-Plattform für Gewerbeflächen die Rede.

Einen neuen Anlauf nehmen soll das geplante Netzwerk ferner zur Lösung der Höngger Verkehrsprobleme. In der Diagnose ist man sich einig: Da der Meierhofplatz im Verkehr erstickt, lädt das Zentrum Hönggs weder zum Flanieren noch zum Verweilen in einem Strassencafé ein. Für höhere Kundenfrequenzen wäre dies aber zentral. Dennoch scheiterte kürzlich ein Anlauf der Stadt zur Verkehrsberuhigung am heftigen Widerstand der Höngger. Diesen gordischen Knoten zu durchschneiden, dürfte also nicht ganz einfach sein.

Halbtageschulen für alle gefordert

FDP-Postulat wird überwiesen

amü. · Der Regierungsrat soll aufzeigen, welche gesetzlichen Anpassungen und Kosten die Einführung einer Halbtageschule mit sich brächte. Der Kantonsrat hat sich am Montag mit 89 Ja- zu 62 Nein-Stimmen dafür ausgesprochen, ein entsprechendes Postulat der FDP an die Exekutive zu überweisen. Dem Entscheid vorausgegangen war eine Debatte darüber, wie sehr der Staat in den Tagesablauf der Kinder eingreifen soll.

Laut Leila Feit (fdp., Zürich) ist die Nachfrage nach ausserschulischer Betreuung in den letzten Jahren stark gestiegen. Die heutige Lösung mit Horten und Mittagstischen setze Kinder Stress aus, da sie nie den ganzen Schultag in derselben Gruppe verbrächten. Halbtageschulen schafften hier klarere Strukturen und einen kompakteren Stundenplan, der auch berufstätige Eltern entlaste. So bleibe das Wissen berufstätiger Frauen der Arbeitswelt erhalten. Die SVP lehnte das Postulat ab, weil ein Obligatorium stark in die Lebensgestaltung der Familien eingreife. Wer seine Kinder über Mittag zu Hause verköstige, könne das in Zukunft nicht mehr, sagte Anita Borer (svp., Uster).

SP und Grüne sehen in Halbtageschulen einen Schritt in die richtige Richtung. Die Chancengleichheit werde gestärkt, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtert. Auch BDP und CVP unterstützten das Postulat. Man erhoffe sich davon eine bessere Entscheidungsgrundlage, begründete Stefan Hunger (bdp., Mönchaltorf) das Ja seiner Partei. Gespalten blieb die GLP: Eltern müsse die Wahl bleiben, die Kinder zu Hause zu betreuen. Führe der Staat ein obligatorisches Mittagessen in der Schule ein, könne er Eltern nicht zwingen, dieses zu bezahlen. Die Kosten hätte die öffentliche Hand zu berapen.

Ein Untergymnasium ohne Latein

Regierung muss Langgymnasien mit mathematisch-naturwissenschaftlichem Profil prüfen

Es mangelt an Ingenieuren und Naturwissenschaftlern. Deswegen erteilt der Kantonsrat der Regierung den Auftrag, die Einführung eines mathematisch-naturwissenschaftlichen Langgymnasiums zu prüfen. Für und Wider werden kontrovers diskutiert.

ubt. · Dass EDU, SVP und SP einen gemeinsamen Vorstoss in Bildungsfragen starten, kommt nicht alle Tage vor. In der Forderung nach Langgymnasien mit mathematisch-naturwissenschaftlichem Profil treffen sie sich aber. Auf Widerstand sind sie am Montag im Kantonsrat bei der FDP, den Grünen und einer Mehrheit der Grünliberalen gestossen. Mit 110 zu 51 Stimmen bei 4 Enthaltungen setzten sich die Postulanten durch; die Regierung muss innerhalb von zwei Jahren einen Bericht vorlegen.

Es bleibt also noch etwas Zeit für vertiefte Reflexion. Man dürfe auf keinen Fall an einem Rädchen schrauben, ohne sich der Konsequenzen bewusst zu sein, meinte im Rat der Elgger Sekundarlehrer und Gemeindepräsident Christoph Ziegler (glp.) warnend. Er befürchtet, dass der Einstieg ins naturwissenschaftliche Gymnasium für Sekundarschüler stark erschwert würde, wenn dieses um zwei Jahre nach unten verlängert würde.

Für die Freisinnige Leila Feit (Zürich) verlangt der Vorstoss eine zu frühe Spezialisierung. Hinter ihm stecke der Versuch, das Langgymnasium zu demontieren und die Sekundarschule zu schwächen. Dass es zu wenig Maturanden in die naturwissenschaftlichen Fächer ziehe, habe nichts mit dem Untergymnasium zu tun. Verzichte man auf das Latein, würde das Langgymnasium

der Sekundarstufe noch mehr Schüler entziehen, was diese hart treffen würde. Res Marti (gp., Zürich) will der Sekundarstufe die potenziellen ausgebildeten Informatiker und Fachhochschul-Ingenieure nicht entziehen. Für Marti ist die Kernfrage aber eine andere: Braucht es das Untergymnasium überhaupt noch?

Etwas Entwarnung gab Mitpostulant Markus Späth (sp., Feuerthalen). Man denke nicht an eine flächendeckende Einführung des neuen Typs. Zudem solle die Zentrale Aufnahmeprüfung dafür, dass die Mittelschüler-Quote unverändert bleibe. Fast die Hälfte der Unterrichtszeit im Untergymnasium beanspruchten die Sprachen, oft weniger als ein Fünftel die Mathematik und die

Naturwissenschaften. So einseitig dürfe man nicht mehr ausbilden. Für den neuen Typ spreche, dass drei Viertel der Untergymnasiasten das Latein ab der dritten Klasse abwählten. Das wirke sich schon in der zweiten Klasse negativ auf die Effizienz des Unterrichts aus.

Latein löse bei vielen potenziellen Gymnasiasten keine Begeisterung aus, was eine Alternative rechtfertige, meinte auch Lorenz Schmid (cyp., Männedorf). Hans Peter Häring (edu., Wettwil a. A.) erwartet von der Regierung vor allem eine Auslegung der Frage, wie dem Mangel an mathematisch-naturwissenschaftlich Ausgebildeten begegnet werden könne. Das Untergymnasium biete dazu eine Möglichkeit.

AUS DER SITZUNG DES KANTONSRAATS

- > **Beiträge an höhere Fachschulen.** Der Rat genehmigt in der Schlussabstimmung mit 134 zu 0 Stimmen den Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über Beiträge an die Bildungsgänge der höheren Fachschulen.
- > **Zulassung zur Pädagogischen Hochschule.** Mit 93 zu 50 Stimmen ändert der Rat einige Zulassungsbestimmungen für die Pädagogische Hochschule. Weil der kombinierte Studiengang Kindergarten/Unterstufe definitiv wird, sagt die SVP Nein.
- > **Regionales Schulgeldabkommen.** Der Kanton übernimmt seit 2009 Schulgelder an bestimmte ausserkantonale Sport- und Sprachschulen, die er selber nicht anbietet, gemäss klaren Abkommen. Ein entsprechendes SP-Postulat wird abgeschrieben.
- > **Mitarbeiterbeurteilung bleibt.** Mit der Forderung, die lohnwirksame Mitarbeiterbeurteilung von Lehrpersonen durch jährliche Mitarbeitergespräche zu ersetzen, scheidet die FDP im Rat mit 30 zu 138 Stimmen. Ihr Postulat wird nicht überwiesen.
- > **Ausserschulische Leistungen.** SP, FDP und CVP setzen sich bei 64 zu 92 Stimmen nicht durch mit dem Wunsch nach einem formell anerkannten Portfolio ausserschulischer Leistungen in der 3. Sek. Die Dokumentation bleibt Sache der Schüler.
- > **Jugendgewalt.** Eine Mehrheit findet die FDP-Forderung nach einem Bericht über das Wirken der kantonalen Koordinationsgruppe Jugendgewalt. Ihr Postulat wird mit 109 zu 52 Stimmen an die Regierung überwiesen. Diese hat 2 Jahre Zeit dafür.
- > **Gesamtschulleiter.** Obwohl vom Volksschulgesetz nicht vorgesehen, gibt es in grossen Gemeinden Rektoren oder Gesamtschulleiter. Ihre von BDP, CVP und FDP angestrebte Offizialisierung scheidet im Rat mit 59 zu 109 Stimmen.
- > **Beiträge an Privatschulen.** Nach dem letztjährigen Volks-Nein zur freien Schulpflicht bleibt eine EDU-Motion für staatliche Beiträge an die Kosten von Privatschulen chancenlos. Der Rat lehnt sie mit 158 zu 7 Stimmen bei 1 Enthaltung ab. ubt.

Drei Varianten für den Bund

Oberlandautobahn «machbar»

sho. · Anfang 2014 will der Regierungsrat das Projekt zur Schliessung der Lücke in der Oberlandautobahn dem Bund übergeben; Voraussetzung ist ein Ja am 24. November zur Vorlage für die Preiserhöhung der Vignette. Wie die kantonale Volkswirtschaftsdirektion am Montag mitgeteilt hat, sind die geprüften Varianten «grundsätzlich machbar und bewilligungsfähig». Nach Abschluss der laufenden Studie soll im Frühling 2014 der kantonale Richtplan entsprechend angepasst und neu aufgelegt werden. Das Teilstück zwischen Wetzikon und dem Kreisell Betzholz bei Hinwil scheiterte 2012 am Verdikt des Bundesgerichts. Seither prüft der Kanton eine neue Linienführung; der Abschnitt von Oberuster bis zum Anschluss Wetzikon-West ist bewilligt.

Vorgesehen ist nun, die Oberlandautobahn ab dem Anschluss Wetzikon-West weitgehend unterirdisch zur Forchautostrasse zu bauen. Variante 1 führt östlich an Gossau vorbei zu einem neuen Anschluss Herschmettlen, Variante 2 mit einem gestreckten Tunnel westlich an Gossau vorbei zum heutigen Anschluss Ottikon. Dieser würde zugunsten der Autobahnverzweigung aufgehoben. Das Bundesamt für Strassen (Astra) schlug als Kombination dieser Linienführungen eine weitere Variante vor. Dabei führt die Autobahn westlich an Gossau vorbei, dann aber zum neuen Anschluss Herschmettlen.

Einige Fragen sind noch offen. So ist es nach Auskunft von Markus Traber, Chef des kantonalen Amts für Verkehr, wegen des Grundwassers nicht möglich, diesen Abschnitt durchgehend unterirdisch zu erstellen. Wo er an die Oberfläche tritt, steht in diesem frühen Stadium nicht fest, vorerst geht es um Planungsstudien, ein Vorprojekt müsste erst noch folgen. Auch ist laut Traber noch nicht entschieden, ob es möglich ist, am früher geplanten Halbanchluss Wetzikon-Ost festzuhalten. Dieser tangierte die geschützte Moorlandschaft.

Ausländische Jus-Professoren

Weder «verfilzt» noch bevorzugt

amü. · Interpellationen können eine erstaunliche Lebensdauer erreichen. Im März 2011 fragten die SVP-Kantonsräte Claudio Zanetti (Zollikon) und Beat Stiefel (Egg) den Regierungsrat, wie viele ausländische Professoren an der juristischen Fakultät der Universität Zürich lehrten. Weiter wollten sie wissen, ob die Professoren ihre Stellung einem «Filz» zu verdanken hätten.

Grund für die Interpellation war eine Falschmeldung: Eine Delegation des Zürcher Anwaltsverbands (ZAV) sei vom Dekan der rechtswissenschaftlichen Fakultät (RWF) «arrogant» abgewiesen worden, als sie eine schweizerische Besetzung eines offenen Lehrstuhls gefordert hatte. Der damalige ZAV-Präsident, Georg Rauber, sagte umgehend, die Geschichte sei «völliger Unsinn». Der Regierungsrat beantwortete die Interpellation im Mai 2011: Der Anteil ausländischer Lehrbeauftragter in der RWF liege seit 1992 zwischen 15 und 33 Prozent. Da die Berufungskommission bei gleichwertigen Dossiers Schweizer Bewerber Ausländern vorziehe, könne von «Filz» keine Rede sein.

Das Thema scheint erledigt. Dennoch hat der Kantonsrat die Interpellation am Montag ausgiebig besprochen. Res Marti (gp.) und Leila Feit (fdp., beide Zürich) forderten, dass die Leistung über die Besetzung von Lehrstühlen entscheiden solle, nicht die Nationalität. Zanetti wandte ein, man müsse die direkte Demokratie erlebt haben, um darüber dozieren zu können. Moritz Spillmann (sp., Ottenbach) entgegnete: Schweizer seien nicht per se besser, wenn es um Schweizer Themen gehe. Einig waren sich die Parteien einzig darin, dass die akademische Laufbahn heute für Schweizer Juristen wegen unsicherer Karrierechancen wenig attraktiv sei.